

Stichworte: Arbeitsmarkt, EU, Europa, Jugend, Politik, Regierung, Soziales Channel: Politik

OTS0207 23. Mai 2012, 15:18

ÖGfE-Schmidt: EU-Chefs müssen Europas Jugend Perspektive geben

Jugendarbeitslosigkeit ist gesamteuropäische Herausforderung - mehr Mitbestimmung etwa durch Jugendquote und gezielte Folgeabschätzungen nötig

Wien (OTS) - "Nicht nur beim heutigen informellen EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs, sondern bei allen zukünftigen europäischen Richtungsentscheidungen sollten beschäftigungspolitische Maßnahmen oberste Priorität einnehmen", betont Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. "Gerade die Jugend, die in einigen Teilen Europas von extrem hoher Arbeitslosigkeit betroffen ist, braucht wieder Perspektiven. Sonst riskieren wir womöglich den Verlust einer ganzen Generation".

Beschäftigungsziele konkreter verfolgen

Rund 10,9 Prozent beträgt derzeit die Arbeitslosenquote in der EU. 22 Prozent der Jugend Europas ist ohne Job, in Spanien bereits jeder zweite unter 25-Jährige. Laut einer aktuellen Studie der Internationalen Arbeitsorganisation wird die Jugendarbeitslosigkeit in Europa in den kommenden Jahren auf einem ähnlich hohen Niveau bleiben. "Nehmen wir das Ziel der "Europa 2020"-Strategie 75 Prozent Beschäftigung zu erreichen ernst, müssen in Europa noch in diesem Jahrzehnt knapp 18 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Fast illusorisch, wenn wir uns dieser Herausforderung nicht rasch gemeinsam stellen".

Erste Vorschläge rasch umsetzen

"Dabei liegen erste Vorschläge, insbesondere der EU-Kommission, auf dem Tisch und warten auf ihre Umsetzung", sagt Schmidt. Unter anderem eine "Jugendgarantie" vergleichbar mit der österreichischen Ausbildungsgarantie, die stärkere Einbindung der Sozialpartner auf europäischer Ebene, eine Arbeitsplatzoffensive in Zukunftsbranchen, der Ausbau des lebenslangen Lernens und die bessere europaweite Anerkennung von Qualifikationen. Darüber hinaus sollen mehr EU-Mittel für gezielte Jugendprojekte mobilisiert werden. "Bei rund 5,5 Millionen arbeitslosen Jugendlichen scheinen die genannten Vorschläge maximal ein erster, vorsichtiger Schritt zu sein. Eine Generation ohne Chancen und ohne Einbindung in politische Prozesse ist Sprengkraft für das europäische Sozialmodell. Gerade deshalb bedarf es, in Bezug auf die Jugendpolitik, dringender neuer und gemeinsamer Wege!"

Mehr Mitbestimmung ermöglichen

"Die Interessensvertretung der Jugend muss ausgebaut werden, auf Augenhöhe und in Kooperation mit den traditionellen

Entscheidungssträgern. Die Jugend soll ihre Zukunft mitgestalten können - Jugendquoten in den europäischen Institutionen und gezielte Folgeabschätzungen von EU-Legislativvorschlägen könnten dabei helfen", meint Schmidt abschließend.

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS.
OTS0207 2012-05-23 15:18 231518 MAI 12 GEP0001 0353

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Paul Schmidt
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien
Tel.: (+43-1)533 49 99
Fax.: (+43-1)533 49 40
E-Mail: paul.schmidt@oegfe.at
www.oegfe.at
www.oegfe.at/facebook
